

# Agenda 2036

Das russische Verfassungsvotum: Vorhang zu und viele Fragen offen | Von Gwendolyn Sasse

Der Vorhang ist gefallen nach einer aufwendigen Selbstinszenierung des russischen Staates. Eine Woche lang, vom 25. Juni bis zum 1. Juli, stimmte die russische Bevölkerung über die von Präsident Wladimir Putin Anfang des Jahres initiierte Verfassungsreform ab. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte die rechtlich nicht notwendige, aber aus der Sicht des Kremls für die Legitimation „von unten“ unabdingbare Volksabstimmung im April nicht stattfinden. Die gewählte Form der Verfassungsänderung hätte eigentlich keine Volksabstimmung erfordert, das Parlament hatte der neuen Verfassung bereits zugestimmt, und Putin hatte sie bereits unterschrieben. Dennoch wollte man nicht auf die demonstrative Einbeziehung der Bevölkerung verzichten. Die Verfassungsreform war im Januar als Antwort auf den in der Gesellschaft spürbaren, aber noch wenig konkreten Wunsch nach Veränderung angekündigt worden. Dieser Logik entsprach die Volksabstimmung.

Hauptziel war es, Putin über seine jetzige Amtszeit hinaus konkrete Optionen zu eröffnen. Ihm steht es nun dank einer Nullung seiner bisherigen vier Amtszeiten frei, 2024 und 2030 erneut zu kandidieren. Sein Zeithorizont an der Spitze des russischen Staates erweitert sich damit auf 2036. Aber auch als Vorsitzender des Staatsrats, eines gestärkten Beratungsgremiums, könnte er Kontrolle ausüben, ohne direkte politische Verantwortung zu tragen. Diese Kombination könnte vor allem im Zuge der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie attraktiver werden. Darüber hinaus sind Ex-Präsidenten nun durch das Prinzip der Immunität abgesichert.

Am russischen Beispiel zeigt sich, dass eine schwer kalkulierbare Krise wie Corona für autoritäre Machthaber ein Risiko darstellt. Die sorgfältig geplante Volksabstimmung musste abgesagt werden, eben-



Verfassungspatriotismus: Aus Protest gegen das Referendum halten Demonstranten in Moskau Mitte Januar Ausgaben des Gesetzestexts in die Luft.

so die für die Selbstdarstellung nach innen und außen so wichtige Militärparade am 9. Mai, mit der man an den Sieg über Nazi-Deutschland erinnert. Darüber hinaus sanken Putins Beliebtheitswerte während des Lockdowns weiter. Auch wenn die regelmäßig in Umfragen gemessene Zustimmung noch bei 60 Prozent liegt, zeigte eine Umfrage der unabhängigen Agentur Levada im Mai, dass Putin bei einer anderen Fragestellung, bei der es darum ging, Politiker zu benennen, denen man vertraut, nur auf 25 Prozent kam. Er erschien während des Lockdowns weniger präsent und souverän und delegierte Verantwortung an den Premierminister, einen Krisenstab und regionale Gouverneure.

Umso wichtiger erschien es, der Pandemie zum Trotz das geplante Programm zeitnah

nachzuholen, selbst wenn diese Entscheidung in den nächsten Wochen erhebliche gesundheitliche Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Zunächst erfolgte die Aufhebung der strengen Ausgangsbeschränkungen – gegen den Willen des Moskauer Bürgermeisters Sergej Sobjanin. Am 24. Juni folgte die verschobene Militärparade in Moskau, flankiert von Feierlichkeiten in

**PROF. DR. GWENDOLYN SASSE**  
ist Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS).

vielen Regionen des Landes. Dieser Feiertag markierte den patriotischen Auftakt zur einwöchigen Volksabstimmung, die am 1. Juli in einen arbeitsfreien Tag mündete.

Das Ergebnis ist wenig überraschend. Putin bedankte sich am Donnerstag bereits bei der Bevölkerung: Laut vorläufigem offiziellen Endergebnis lag die Beteiligung an der Abstimmung bei 68 Prozent; knapp 78 Prozent stimmten für die Verfassungsreform. Auch wenn man eine geringe Beteiligung oder gar ein Negativvotum nicht zugelassen hätte, so ist doch zu vermuten, dass die massive Kampagne, die die Wahlberechtigten mobilisieren sollte, ihren Zweck erfüllt hat. Schätzungen zufolge hat sie ungefähr so viel gekostet wie die Wahlkampagne vor der Präsidentschaftswahl vor zwei Jahren. Daran lässt sich ablesen,

welche Bedeutung die Volksabstimmung für den Präsidenten hatte.

Die Kampagne setzte auf die nun in der Verfassung verankerten sozialen Garantien – Mindestlohn und Rentenindexierung – und traditionelle Werte, wie etwa die Ehe als Bund zwischen Mann und Frau, den Bezug auf Gott, den Schutz der „historischen Wahrheit“ und der territorialen Integrität Russlands – Letzteres ein klarer Hinweis auf die 2014 annektierte Krim.

Selbst an russischen Maßstäben gemessen, war die Art und Weise, mit der für die Teilnahme an der Abstimmung geworben wurde, ein Novum. Die Volksabstimmung war zugleich eine Lotterie: Es winkten attraktive Preise wie Autos und Handys; daneben erhielt man Punkte, die sich in Geschäften einlösen ließen.

Trotz des Ergebnisses sind die Erwartungen der Bevölkerung begrenzt. In einer Online-Umfrage des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), in der im April 2020 3000 Russen und Russinnen im Alter von 16 bis 34 Jahren in Russlands 15 größten Städten und diversen kleineren Städten befragt wurden, waren zwei Drittel der Befragten der Ansicht, Putin solle 2024 sein Amt niederlegen. Die jüngere Generation, von denen laut einer Gallup-Umfrage von 2019 über 40 Prozent an Emigration denken, steht dem jetzigen System weitaus weniger positiv gegenüber, als es das offizielle Narrativ von der staatstragenden Jugend suggeriert.

Präsident Putin hat sich seine Macht so weit wie möglich institutionell abgesichert. Das Gefühl der Alternativlosigkeit in weiten Kreisen der Bevölkerung lässt sich jedoch nicht mit aktivem Zuspruch für den Präsidenten gleichsetzen. Die sozialen und wirtschaftlichen Kosten der Corona-Pandemie werden diesen Widerspruch sichtbar machen und den Druck auf das System erhöhen.

## AUF DEN ZWEITEN BLICK



**INGE KLOEPFER**

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

## Vertrauen

Für Deutschland ist der Kollaps von Wirecard ein Desaster: geschädigte Anleger, ein enormer Reputationsverlust des Kapitalmarkts, dazu der vermeintliche Beweis, dass deutsche Tech-Unternehmen das ganze große Rad wohl doch nicht drehen können. Dann die Schande für die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die Finanzaufsichtsbehörde Bafin, die privat rechtlich organisierte „Bilanzpolizei“ DPR, für EZB und Bundesbank. Sie alle wollten die Betrugsmanöver von Wirecard nicht wahrhaben.

Wie bei Skandalen solchen Umfangs üblich, wird sofort die Systemfrage gestellt. Derzeit steht die Qualität des Prüf- und Aufsichtsflechts in Frage. Ist es Marktteilnehmern gewachsen, die jenseits der Grenzen von Ländern und Geschäftsfeldern operieren?

Auf den zweiten Blick lautet die Antwort: Ja – aller Kritik zum Trotz. Bei Wirecard hat nicht das System versagt, sondern die Menschen begingen folgenschwere Fehler – die Wirtschaftsprüfer mit einem Testat trotz eklatanter Ungereimtheiten, die Aufsichtsbehörden, die sich davon blenden ließen und trotz vieler Hinweise nicht reagierten. Eine solche Zusammenballung kommt sehr selten vor.

Man könnte somit eine andere Deutung dieses Bilanzskandals versuchen: Ist Wirecard nicht genau jene extravagante Ausnahme, die die Regel eines erstaunlich gut funktionierenden Kontrollsystems für Rechnungslegung bestätigt? Schließlich ist die Vorstellung, dass sich alles bis ins Letzte prüfen lässt, kaum mehr als eine Illusion. Selbst gestrenge Prüfer müssen darauf vertrauen, dass sie gerade nicht aufs Raffinierteste betrogen werden. Und das ist richtig so.

Als „Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität“ hat der Bielefelder Soziologe Niklas Luhmann den Begriff des Vertrauens einst definiert. Setze man statt auf Vertrauen nur auf Kontrolle, müssten enorm hohe Transaktionskosten geschultert werden. Vertrauen ist mit Risiko verbunden. In der Regel aber sind die Risikoprämien enttäuschten Vertrauens viel geringer als die Transaktionskosten absoluter Kontrolle.

Die gesamte Wirtschaft einschließlich des Kapitalmarkts lebt von Vertrauen, nicht von Testaten. Müsste sie von der Kontrolle leben, käme sie bald zum Stillstand. Die ganz überwiegende Zahl der Wirtschaftssubjekte hat nicht die Absicht zu betrügen. Genau auf die ist auch das sehr gut funktionierende System der Bilanzprüfung ausgerichtet. Nicht Kontrolle und Misstrauen befördern Prosperität, sondern Vertrauen. Das gilt auch dann, wenn es in seltenen Einzelfällen teuer wird.

# Öl, Macht, Migration

In Libyen spitzt sich die Lage erneut zu. Der Türkei und Russland kommen Schlüsselrollen zu | Von Mirco Keilberth

Nach dem Ende des Krieges um Tripolis schweigen in Libyen weitgehend die Waffen. Doch der Krieg ist nicht vorbei. Die Ölfelder der Provinz Cyrenaika, die Haupteinnahmequelle des östlichsten Landes Afrikas, könnten das nächste Ziel einer Regierungsoffensive sein. In der Region fürchtet man zudem, dass beide Kriegsbündnisse nach einer Niederlage wieder in kleine und unkontrollierbare Milizen zerfallen könnten. Kommt jetzt eine UN-Friedens-Mission mit Bundeswehrbeteiligung?

Nach 15 Monaten Belagerung kehren viele der über 150 000 Flüchtlinge in ihre Häuser im Süden der libyschen Hauptstadt zurück. Doch bei der Explosion von zahlreichen Minenfallen und nicht explodierter Munition starben nach Berichten von Krankenhäusern alleine in den vergangenen zwei Wochen mehr als 65 Zivilisten.

Auch die Ruhe an der Front westlich der zentrallibyschen Stadt Sirte ist trügerisch. Die ehemalige Heimatstadt Muammar Gaddafis wird von den Truppen von Feldmarschall Chalifa Haftar kontrolliert. In wenigen Wochen musste Haftars Libysch-Nationale Armee (LNA) mehrere Städte aufgeben, von denen aus sie ein Jahr lang Tripolis angegriffen hatte.

Während Haftar weiterhin Ostlibyen und die dortigen Ölfelder hält, versucht sein Widersacher Fayez al-Sarraj, nun in

Westlibyen seine Macht zu konsolidieren. Der international anerkannte Premierminister Sarraj gewann den Krieg mithilfe von vier großen Hauptstadt-Milizen, den Revolutionären der Hafestadt Misrata und der Türkei. Deren Präsident Recep Tayyip Erdoğan hatte nach der Unterzeichnung eines militärischen Beistandsabkommens im November 2019 mehrere tausend syrische Söldner, Drohnen und Panzer geschickt.

Der offene Bruch des seit 2011 geltenden UN-Waffenembargos widerspricht den Beschlüssen der Berliner Libyen-Konferenz vom Januar dieses Jahres. Im Kanzleramt hatten sich Erdoğan, Wladimir Putin und andere Staatschefs darauf geeinigt, mit einem 55 Punkte umfassenden Plan auf einen Waffenstillstand hinzuwirken und keine weiteren Waffen an die libyschen Kriegsparteien zu liefern.

Doch direkt nach dem in Deutschland als Erfolg gefeierten Treffen registrierten die Spezialisten der Flugüberwachungsweltseite Italmilradar aus Rom sogar einen Anstieg der Versorgungsflüge von Syrien nach Bengasi und Haftars Militärflughafen Al Khadim. Auch aus den Vereinigten Arabischen Emiraten kamen russische „Panzir“-Flugabwehrsysteme.

Nach Angaben gefangen genommener LNA-Kommandeure ließen französische Spezialisten für die Luftraumüberwachung die Pro-Haftar-Allianz gewähren,

entgegen den Beschlüssen des Berliner Abkommens. Doch so offen wie die Regierung in Paris bekannte sich niemand für den selbst ernannten Feldmarschall.

„Für Frankreich, Russland, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate war der Pakt mit dem für Ratschläge immunen 74-jährigen Haftar eher ein pragmatisches Geschäft. In Paris glaubt man, mit der LNA einen Partner für die Terrorbekämpfung in der Sahel-Region zu haben. Erdoğan und die Sarraj-Regierung sind hingegen strategische Partner. Türkische Firmen können nach dem Ende des Krieges auf Großaufträge hoffen“, sagt der politische Analyst Mohamed Eljhar aus Tobruk bei Bengasi.

Nach der Niederlage Haftars in Westlibyen will Russland eine ähnliche Rolle in Ostlibyen übernehmen und setzt nun auf

**MIRCO KEILBERTH**  
ist Nordafrikakorrespondent für verschiedene deutsche Medien, unter anderen Spiegel, taz und Deutschlandfunk. Zwischen 2012 und 2014 lebte er in Tripolis und bereist seitdem von Tunis aus die Region. Für das Projekt „Leben auf der Flucht“ organisiert er Ausstellungen und Veranstaltungen zum Thema Migration.

das legitime Parlament. Die 2014 gewählten 200 Abgeordneten tagen nach Drohungen von Milizen in Tripolis mehrheitlich in Ostlibyen.

Ein Krieg um die Ölfelder könnte die Reihen beider Kriegsparteien wieder schließen. Doch der Krieg um Sirte, das Tor zum sogenannten Ölhalmmond in der Cyrenaika, wäre auch ein Krieg zwischen der Türkei und Russland.

Zwar ist für Haftar nur die private Sicherheitsfirma Wagner im Einsatz. Doch der Chef des Afrika-Kommandos der US Armee (Africom), Stephen Townsend, sagte bei einem Besuch in dem libyschen Küstenort Zuwara in der vergangenen Woche, dass nun auch russische Armeeeinheiten im Einsatz seien. Mindestens 14 moderne MiG-29 Kampfflugzeuge sind laut dem von Stuttgart aus operierenden Townsend von Syrien aus auf den zentrallibyschen Militärflughafen Jufra verlegt worden. Libysche Kommandeure der Pro-Sarraj-Einheiten berichten, dass der Sturm auf Sirte und Jufra mit türkischer Hilfe kurz bevorstehe.

Der türkischen Kontrolle von Sirte, und damit des libyschen Öls, will Ägyptens Sisi nicht tatenlos zuschauen. Nach einer Militärparade unweit der libyschen Grenze dankte er der ägyptischen Armee für ihre Einsatzbereitschaft „auch jenseits der ägyptischen Grenzen.“

Am Montag verließ ein langer Konvoi mit Scud-Mittelstreckenraketen Bengasi in Richtung Sirte.

Es liegt nun wohl in der Hand der russischen und türkischen Unterhändler, ob es zur Entscheidungsschlacht an der 2000 Kilometer langen Mittelmeerküste kommt. Europa scheint dabei keine Rolle mehr zu spielen.

Libyens ehemaliger Botschafter in Berlin, Aly Masednah El-Kothany, kann den alleinigen Fokus der EU-Politiker auf das Thema Migration im Zusammenhang mit Libyen nicht verstehen. „Alles was in Libyen, ein Land so groß wie Südeuropa, geschieht, hat starke Auswirkungen auf die Mittelmeer- und Sahara-Regionen. Für den mangelnden Willen, das Friedensabkommen von Shkirat in allen Punkten umzusetzen, zahlt die EU jetzt einen hohen Preis. Russland und die Türkei werden ihre ökonomischen Interessen im südlichen Mittelmeer durchsetzen.“

Vielleicht ist man in Berlin nun aufgewacht.

Bei der UNSMIL Mission in Tunis wird an einer Friedensmission für Zentrallibyen gearbeitet. Am Donnerstag forderte Norbert Röttgen (CDU), der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags, Deutschland solle sich an der Überwachungsmission eines Waffenstillstandes beteiligen.